

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Der Umsturz in Syrien

Nachdem es der Sowjetunion im Jahre 1956 gelungen war, im arabischen Raum erhebliche Einflüsse zu gewinnen (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 241), ist es nunmehr in Syrien zu einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse gekommen, die dieses Land de facto der sowjetischen Politik ausliefern.

In großen Zügen kann man die politischen Geschehnisse etwa wie folgt aufreißen: Nach der anglo-französischen Intervention in Ägypten trat Amerika die Erbschaft Englands im Nahen Osten an, indem es sich durch die Eisenhower-Doktrin verpflichtete, jedem Land im Nahen Osten gegen einen kommunistischen Angriff zu Hilfe zu kommen. Mit diesem Hilfsangebot für den Kriegsfall sind militärische und wirtschaftliche Hilfeleistungen für diejenigen Länder, die die Eisenhower-Doktrin annehmen, verbunden.

Die russische Reaktion auf die Eisenhower-Doktrin war eine Intensivierung der russischen Nahost-Politik, die im April 1957 einen mißglückten Putsch in Jordanien zur Folge hatte und Saudi-Arabien in das Lager der pro-westlichen Staaten führte. Ägypten und Syrien dagegen, die sich durch die amerikanische Politik isoliert fanden, verstärkten ihre Beziehungen zum Ostblock.

Während in Ägypten die äußeren sowjetischen Einflüsse durch die antikommunistische Innenpolitik Nassers neutralisiert werden, sind die Verhältnisse in Syrien weit ungünstiger. In Syrien existiert eine gut organisierte kommunistische Partei, die — angeblich — 10 000 Mitglieder zählt. Daneben gibt es die sehr einflußreiche Baath-Partei, die einen arabisch-nationalen Sozialismus vertritt, aber mit den Kommunisten zusammenarbeitet. Den Kommunisten und den Anhängern der Baath ist es im Laufe der Zeit gelungen, sich die wichtigsten Stellungen in der Armee und in der Regierung zu sichern.

Die syrischen Kommunisten haben sich, vor allem was die Beziehungen zu Rußland betrifft, immer im Hintergrund gehalten und vorwiegend Leute der Baath-Partei die für Syrien so erfolgreichen Verhandlungen mit den Sowjets führen lassen, so daß die Baath-Partei außenpolitisch von Moskau, innerpolitisch von den Kommunisten sicher dirigiert werden kann. Diese nationalsozialistisch-kommunistische Allianz zeigt nach außen hin das Gesicht einer sozialen arabisch-nationalen antiimperialistischen Volksfront.

Der Umsturz

Noch bis zu Beginn des Monats August wurde diese Volksfront wenigstens innenpolitisch durch die immerhin vorhandenen bürgerlichen Parteien neutralisiert. Staatspräsident Kuwatly, der die gleiche Politik wie Nasser verfolgt und von diesem abhängig ist, ist genau so wie Nasser gegen jeden kommunistischen Einfluß im Lande selbst. Er war jedoch der Macht der Volksfront nicht gewachsen, und jeder seiner Versuche, wenigstens den kommunistischen Einfluß in der Armee einzudämmen, schlug bisher fehl, so daß Kommunisten und Baath-Partei Mitte August einen Staatsstreich wagen konnten, dessen Gelingen ihnen die tatsächliche Macht im Staate sichert. Die äußere Form des Umsturzes war so dramatisch und

verlogen wie derartige Dinge in diesen und anderen Gegenden nun einmal sind: Es wurde eine „Verschwörung“ zwischen dem rechtsstehenden Exdiktator Schischakli und der amerikanischen Gesandtschaft aufgedeckt, die die Beseitigung der „arabisch-nationalen“ Regierung, die Ermordung von bestimmten Persönlichkeiten usw. usw. zum Ziele haben sollte. Die Amerikaner wollten hierfür eine Wirtschaftshilfe von 300 Millionen Dollar bieten, eine Annexion des Libanon zulassen usw. usw. Dabei ist es durchaus möglich, daß z. B. Schischakli gegen die linksradikalen Kreise der Armee arbeitete und die Unterstützung der Amerikaner suchte oder gar erhielt, denn es ist fast noch nie der Fall gewesen, daß in Syrien nicht irgend jemand mit Hilfe irgendeiner fremden Macht gegen die gerade amtierende Regierung ein Komplott vorbereitete.

Die Leute der Volksfront nahmen diese Gelegenheit wahr, um die Armee und Gendarmerie, die in Syrien praktisch ein Teil der Armee ist, zu „säubern“ und die Beziehungen zur Sowjetunion durch neue Verhandlungen über Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe zu verstärken, dementsprechende Verträge abzuschließen und die diplomatischen Beziehungen zu Amerika faktisch abzubauen. Staatspräsident Kuwatly, der zu Beratungen nach Ägypten flog, erklärte sich — zum Wohle der Nation — zur Demission bereit, blieb aber im Amt, anscheinend in der Hoffnung, noch etwas retten zu können.

Die sowjetischen Absichten

Die sowjetischen Waffenlieferungen für die 36 000 Mann schwache syrische Armee und die Lieferung zweier Unterseeboote für die nicht existente syrische Flotte lassen erkennen, daß die Sowjetunion nicht das militärische Potential Syriens stärken will, sondern im Rücken der Staaten des Bagdadpaktes ein Arsenal zu schaffen beabsichtigt, das — vorerst — nur propagandistischen Zwecken dienen bzw. die arabischen Nachbarn Syriens einschüchtern soll. Für Israel stellt Syrien keine wirkliche Gefahr dar. Daß Syrien von einem „cordon sanitaire“ umgeben ist (im Norden die Türkei und der Irak, im Süden Israel und Jordanien, im Mittelmeer die 6. amerikanische Flotte) und eine Aufrüstung Syriens in Wirklichkeit sinnlos ist, braucht die Russen nicht zu stören, solange sie keine ernsthaften militärischen Maßnahmen erwägen. Ob es zwischen Syrien und Rußland zu einem Militär- oder Stützpunkt-Vertrag kommt, bleibt abzuwarten. Vorerst jedenfalls ist Syrien auf die russischen Instrukteure und Techniker angewiesen und muß Mannschaften in den Ostblockstaaten ausbilden lassen, so daß Rußland in der Tat das an sich nutzlose syrische Heer kontrolliert. Ein wenig beachtetes Ergebnis der sowjetischen Waffenlieferungen ist die Möglichkeit, daß prosowjetische Kreise in Syrien und von dort aus auch in Jordanien bewaffnet werden können. Für die Russen dürfte jedoch ein Gesichtspunkt entscheidend sein: Die Entsendung einer kaum bedeutsamen Quantität von Kriegsmaterial, das, wenn nicht schon heute, so doch bestimmt im Laufe eines Jahres obsolet sein wird, ist für die Möglichkeit, sich als Freund und Retter des arabischen Nationalismus ausgeben zu können, ein sehr geringer Preis.

Die Sowjetunion hat kaum die ernsthafte Absicht, aus Syrien einen russischen Satelliten zu machen mit „Volksdemokratie“ und was sonst dazugehören mag. Für Rußland mag es vorerst wenigstens genügen, sich in Syrien eine Einflußsphäre zu schaffen, die auch von den Westmächten anerkannt werden muß, und Rußland ein Mitspracherecht in den Angelegenheiten des Nahen Ostens verschafft.

So weit die russische Seite. Aber es gibt immerhin auch eine syrische Seite, und dort sollte man meinen, sehen die Rechnungen etwas anders aus. Es gibt schätzungsweise 10 000 syrische Kommunisten (falls diese Zahl nicht sehr übertrieben ist) und eine nicht bekannte Anzahl linksradikaler Gruppen sowie die mit den Kommunisten zusammenarbeitenden Nationalsozialisten. Diese Gruppen sind alles in allem eine kleine Minderheit im Lande. Andererseits gibt es höchstwahrscheinlich keine Partei in Syrien, die auch nur annähernd 10 000 Mitglieder zählt. Die bürgerlichen Parteien bestehen aus wenigen einflußreichen Personen, die über eine große Anzahl von Klienten verfügen, auf die sie zählen können.

Als Parteien sind Kommunisten und Nationalsozialisten sicherlich stärker als die bürgerlichen Gruppen. Gelingt es den Kommunisten, sich der Schlüsselpositionen in Heer und Regierung zu bemächtigen, dann könnten sie — theoretisch — aus Syrien eine Volksrepublik machen, um so eher, als Syrien sich außenpolitisch in die Abhängigkeit Moskaus begeben hat. Die Geschichte der arabischen Völker beweist, daß es einigen energischen Männern selbst mit einer kleinen Anzahl von Anhängern immer wieder gelungen ist, sich der Herrschaft, wenn auch nur in bestimmten Gebieten, zu bemächtigen.

Die Weltanschauung der Herrschenden ist ziemlich gleichgültig, denn sie brauchen bloß zu herrschen, nicht zu bekehren. Solange die linksradikalen Gruppen in Syrien nicht an die Fundamente des Islams rühren, und das haben sie in keiner Weise nötig, und sich als nationale Araber ausgeben, könnten sie Syrien regieren, ohne auf wesentliche Widerstände in der Bevölkerung zu stoßen. Syrien würde dann kommunistisch werden, ohne daß allzu viele Worte über den Kommunismus fallen würden. So ist es auch zu verstehen, daß andere politische Gruppen und Persönlichkeiten nichts dabei finden, innen mit den Kommunisten und außen mit den Russen zusammenzuarbeiten. Der syrische Verteidigungsminister z. B., der die Verträge mit Moskau zustande brachte, ist ein Großgrundbesitzer, der sich offenbar nicht davor fürchtet, von den Kommunisten enteignet zu werden.

Dennoch finden es die arabischen Politiker, die die Annäherung an den Ostblock befürworten, immer wieder für nötig, zu beteuern, daß sie keine Kommunisten seien, und daß sie lediglich eine Politik der positiven Neutralität betreiben, die Unabhängigkeit der arabischen Staaten wünschen und diese eben mit der selbstlosen Hilfe der Sowjetunion verwirklichen wollen. Die Erkenntnis, aus eigenen Kräften und in wirklicher Unabhängigkeit nicht existieren zu können, ist bei den Arabern nun schon einige Jahrhunderte alt, auch wenn dauernd das Gegenteil behauptet wird. Diejenigen, die glauben, daß die Hilfe der Sowjetunion günstiger als die der westlichen Staaten sei, sind noch lange keine Kommunisten. Sie nehmen nur ein in ihren Augen günstiges Angebot an. Dabei spielen die

persönlichen Kalkulationen der Politiker selbstverständlich noch eine bestimmte Rolle.

Es kann aber auch der Fall eintreten, und das ist in Syrien geschehen, daß diese Rechnungen nicht aufgehen und die Kommunisten tatsächlich von der russischen Hilfe profitieren und zu einer Macht im Staate werden. Soweit die Massen des Volkes getäuscht werden müssen, können sie sich dann hinter jene stellen, die in etwa das Vertrauen des Volkes genießen und doch mit der Sowjetunion zusammenarbeiten.

Diese für den Westeuropäer höchst merkwürdigen Verhältnisse sind offenbar nur deshalb möglich, weil es in Syrien wie in allen arabischen Staaten so etwas wie eine Wahldemokratie in Wirklichkeit nicht gibt. Es regiert immer der, der es versteht, sich Einfluß und Macht zu verschaffen, und so ist es natürlich denkbar, daß eines Tages die Kommunisten, von einer starken Persönlichkeit repräsentiert, regieren, ohne wirklichen Rückhalt im Volk zu finden, da sie ihn gar nicht benötigen. Wann und ob überhaupt dieser Zustand in Syrien eintritt, ist nicht vorauszusehen. Sollten sich die bürgerlichen Gruppen als stark genug erweisen, dann wird die recht schwache syrische Regierung, die heute den Kommunisten Vorschub leistet, abtreten müssen, wie alle anderen Regierungen, die bisher in diesem Lande herrschten.

Die Geburtenkontrolle in der Welt

Im vergangenen Jahr erschien in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ (September 1956, S. 552—561) ein Diskussionsbeitrag, der die heute aktuellen Fragen „Zur Dynamik des Bevölkerungswachstums“ auf internationaler Ebene ungewöhnlich offen behandelte. Sein Verfasser, Gert von Eynern, Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, spricht sich in diesem Artikel nachdrücklich für eine systematische Geburtenkontrolle in allen den Ländern aus, wo einerseits die Bevölkerungszunahme besonders groß ist, andererseits die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht vorhanden sind, um der wachsenden Menschenzahl Brot und Arbeit zu geben. Sein Angriff richtet sich dabei gegen jene „zwar phantasiebegabten Techniker und naive Ökonomen“, die ausgerechnet haben, daß die Erde in hundert Jahren tatsächlich dreißig Milliarden Menschen ernähren und bekleiden könne. Derartige Spekulationen erschöpften in keiner Weise die Probleme, die mit der schwindelerregenden Vermehrung der Menschenzahl aufgeworfen seien, denn, so fährt er fort, „die Realität der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird entscheidend von den sozialen und politischen Spannungen bestimmt werden, die aus der Zunahme der Bevölkerung erwachsen“.

Von Eynern stellt für die heutige soziale Situation in der Welt, besonders in Asien und Südamerika, die gleichen Kennzeichen auf wie auch andere Demographen, Sozial- und Wirtschaftswissenschaftler (vgl. den Beitrag „Der Hunger in der Welt“; Herder-Korrespondenz 11. Jhg., S. 488 ff.). Aber er glaubt nicht, wie die Optimisten unter ihnen, daß in absehbarer Zeit eine solche Erhöhung des Lebensstandards in den unterentwickelten Ländern möglich sein könnte, daß die Geburtenzahlen „automatisch“ fielen. Seine These lautet daher: Die Senkung der Geburtenrate ist die Voraussetzung zur Hebung des Lebensstandards.